

Wilhelmshöher Mitteilungen

Januar 2026



für Wahlershausen, Bad Wilhelmshöhe, Marbachshöhe, Mulang, Neuholland



Unsere Kandidatinnen und Kandidaten für die Kommunalwahl am 15. März stehen demnächst an unseren Infoständen und stellen sich hier vor. Seite 3ff.



Bei der Kommunalwahl können Sie kumulieren und panaschieren und somit Ihre Wahlentscheidung sehr individuell gestalten. Wichtige Tipps und Hinweise finden Sie auf Seite 10



Über die Zukunft der Fahrradzone Wahlershausen wird in Kürze entschieden. Erkenntnisse aus den SPD- Infoveranstaltungen über die positiven Erfahrungen und die Schwachpunkte lesen Sie auf Seite 12



Der neue SPD- Bezirksvorsitzende und Oberbürgermeister in Marburg, Dr. Thomas Spies, kommt am 22. Februar zum Neujahrsempfang der SPD nach Bad Wilhelmshöhe. Details auf der Rückseite.



Nicole Iben

seit Oktober 23 an der Spitze des Ortsvereins

Liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger in Wilhelmshöhe,

im Oktober 2025 fanden die Neuwahlen des SPD-Ortsvereins Wilhelmshöhe statt. Es hat mich sehr gefreut, dass ich für die kommenden zwei Jahre als Ortsvereinsvorsitzende bestätigt wurde. Für dieses Vertrauen danke ich allen Mitgliedern sehr herzlich.

Gemeinsam mit zwei engagierten Stellvertreterinnen und einem großartigen Arbeitsausschuss werden wir uns weiterhin den Themen widmen, die die Bürgerinnen und Bürger in Bad Wilhelmshöhe bewegen. Dabei ist es mir besonders wichtig, nicht nur innerhalb unseres Stadtteils aktiv zu sein, sondern auch den Austausch mit anderen Ortsvereinen und Institutionen zu pflegen, um Themen voranzubringen, die über die Stadtteilgrenzen hinausreichen.

Ein positives Beispiel für den konstruktiven Dialog mit den Bürgerinnen und Bürgern waren zwei sehr informative und gut besuchte Veranstaltungen zur eingerichteten Fahrradzone in Wahlershausen. Die sachlichen Diskussionen und der offene Austausch haben gezeigt, wie wichtig Beteiligung und transparente Kommunikation vor Ort sind.

Details dazu finden Sie in einem eigenen Artikel über den Verkehrsversuch.

Darüber hinaus haben wir als SPD-Ortsverein regelmäßig Informationsstände durchgeführt, an denen wir die Anliegen, Ideen und Sorgen der Mitbürgerinnen und Mitbürger in Wilhelmshöhe aufgenommen und dokumentiert haben. Die Gespräche waren sehr wertvoll, und wir werden uns den angesprochenen Themen weiterhin intensiv widmen und diese in unsere politische Arbeit einfließen lassen.

Parteiübergreifend waren wir als *Team Ortsbeirat* mit einem eigenen Stand beim 1. Adventsmarkt der Vereine vertreten. Auch dort äußerten viele Besucherinnen und Besucher konkrete Wünsche an den Ortsbeirat und die dort vertretenen Parteien.

Auf den folgenden Seiten stellen sich unsere Kandidatinnen und Kandidaten für die Stadtverordnetenversammlung und den Ortsbeirat Bad Wilhelmshöhe vor. Mit Ihrer Unterstützung werden wir uns in den kommenden Jahren für den Stadtteil und die in dieser Ausgabe genannten Themen einsetzen.

Wir freuen uns über Ihre Anregungen, Kritiken und Vorschläge.

Nicole Iben

Vorsitzende SPD-Wilhelmshöhe

Die Wilhelmshöher SPD
wünscht allen
Leserinnen und Lesern
ein gutes und gesundes
neues Jahr.

Wir laden Sie ein, Politik vor
Ort mit uns zu diskutieren und
zu gestalten.



Ramona Kopec

Platz 5 auf der SPD-Liste für die StaVo

Startbedingungen können über das ganze Leben entscheiden. Ob Schwierigkeiten mit der Sprache oder der gesellschaftlichen Einbindung: Viele Menschen haben mit Herausforderungen zu kämpfen. Ich weiß, wie das ist.

Meine Eltern kamen mit mir als dreijährigem Kind nach Deutschland. Ich bin ein klassisches Arbeiterkind und hatte das große Glück, immer von nahestehenden Menschen unterstützt zu werden. Weil ich mein Glück teilen und anderen Menschen auch diese Startbedingungen ermöglichen möchte, bin ich Sozialdemokratin geworden und engagiere mich politisch. Das ist mein Antrieb, deswegen trete ich zur Kommunalwahl als Stadtverordnete an.

Kassel ist eine bunte und vielfältige Stadt. Das ist, was sie ausmacht. Ich möchte mich weiterhin als Stadtverordnete dafür einsetzen, dass jeder Mensch hier seinen Platz findet und ein gutes Leben führen kann. Dazu gehören für mich in erster Linie Gesundheit, gesellschaftliche Teilhabe, Sicherung von Arbeitsplätzen, ein gut ausgebauter öffentlicher Nahverkehr und bezahlbare Wohnungen.

Vielfalt zeichnet auch die Kasseler Kultur aus. An ihr teilzuhaben, ist leider nicht selbstverständlich. Für mich ist wichtig, dass für jeden etwas dabei ist - von attraktiven Nachtclubs über die freie Szene bis hin zur documenta oder zum Staatstheater. Nur: Weder Herkunft noch Geldbeutel dürfen darüber entscheiden, Teil davon zu sein.

Was mir besonders am Herzen liegt, ist, dass wir nicht an der Bildung und damit der Zukunft von jungen Menschen sparen. Ich setze mich dafür ein, dass wir die besten Schulen in Kassel bauen, anstatt Mittel für sie zu kürzen. Wir dürfen die Grundlage für die besten Startchancen nicht für Luftschlösser kaputtsparen.

Ich bin Ramona Kopec und trete für die Kasseler SPD am 15. März als Stadtverordnete an. Ich bin 42 Jahre alt und arbeite als Journalistin bei der evangelischen Kirche von Kurhessen-Waldeck als Redakteurin und stellvertretende Sprecherin.

Mit meinem Partner habe ich ein dreijähriges Kind und bin seit fünf Jahren Stadtverordnete für Kassel.

Ramona Kopec

Das Kommunalwahlprogramm der Kasseler SPD finden Sie unter <https://spdkassel.de/kommunalwahlprogramm-2026-spd-kassel/>

Die SPD-Liste für die Wahl der Stadtverordnetenversammlung finden Sie unter <https://spdkassel.de/kandidatinnen-und-kandidaten-spd-kassel-kommunalwahlen-2026-stavo/>



Wolfgang Schwerdtfeger

Platz 42 auf der SPD-StaVo-Liste,
Platz 4 auf der SPD-Ortsbeiratsliste

Ich bin 1960 in Kassel geboren und in Wilhelmshöhe aufgewachsen. Nach meinem Studium in Göttingen (Jura und Pädagogik) war ich als Volljurist in verschiedenen privaten Unternehmen und Behörden sowie als Rechtsanwalt tätig.

In Kassel schätze ich die Lebensqualität einer attraktiven Stadt in Deutschlands Mitte - groß genug, um nicht provinziell zu sein, „klein“ genug, um nicht anstrengend und anonym zu sein.

Erfahrungen in der Kommunalpolitik habe ich als Mitglied des Ortsbeirates Wilhelmshöhe (1981-1991) sowie in der Kasseler Stadtverordnetenversammlung (1990-1996) gesammelt.

Kommunalpolitik finde ich wichtig und interessant, weil dort „Demokratie vor Ort“ stattfindet und man sich mit den Bürgerinnen und Bürgern und ihren Anliegen direkt austauschen kann. Entscheidungen werden mit engem Sachbezug gefällt und meist einvernehmlich über Fraktionsgrenzen hinweg.

Ehrenamtlich engagiere mich im Stadtteil für die Streckenverlängerung der Linie 4 (stellvertretender Vorsitzender im „Förderverein Neue Herkulesbahn“) und arbeite im Zu-

kunftsladen „Re:Wir“ in der Fachgruppe für nachhaltige Mobilität mit.

Passives Mitglied bin ich in der TSG Wilhelmshöhe, dem Bürgerverein Wilhelmshöhe und bei den Bürgern für das Welterbe.

Unser Stadtteil hat viele Vorteile und Sehenswürdigkeiten und zieht viele Besucherinnen und Besucher an – aus anderen Stadtteilen und von Fern, zur Naherholung und als touristisches Ziel. Das ist gut, ohne „wenn und aber“, jedoch geht damit eine erhöhte Verkehrsbelastung mit Lärm und Abgasen einher, die es zu bewältigen gilt.

Es geht im Kern darum, die Erreichbarkeit zu sichern, ohne die Wohnqualität zu mindern.

Zudem engagiere ich mich beim Thema Mieten und bezahlbarer Wohnraum. So bin ich Mitglied im Beirat des Mietervereins Nordhessen und in der Bundes-Arbeitsgruppe „Mieten und Wohnen“ der Sozialdemokratischen Juristen (ASJ).

Um die Erneuerbaren Energien in Nordhessen voranzubringen, war ich 2012 Gründungsmitglied der Bürgerenergie-Genossenschaft Kassel e.G. und habe danach die Arbeit als Mitglied des Beirates unterstützt.

Insgesamt glaube ich, als Kasseler mit vielfältigen Interessen und reichhaltigen Erfahrungen als Stadtverordneter und Ortsbeirat einen Beitrag zur Weiterentwicklung unserer Stadt und ihres liebenswerten Stadtteils Bad Wilhelmshöhe leisten zu können.

Hierfür bitte ich um Ihr Vertrauen und um „drei Kreuze“ auf der Stadtverordnetenliste der SPD (Platz 42) und für den Ortsbeirat.

Bei Fragen zu meiner Person und meinen politischen Schwerpunkten stehe ich Ihnen gern zur Verfügung.

Sie erreichen mich per E-Mail unter ra.schwerdtfeger@web.de.

Wolfgang Schwerdtfeger



Nicole Iben

Platz 1 auf der SPD-Ortsbeiratsliste,
Platz 37 auf der SPD-StaVo-Liste

Ein kleiner Einblick in meine persönlichen Themenschwerpunkte für die bevorstehende Wahlperiode:

- Verbesserung der ÖPNV-Anbindungen, insbesondere die Wiedereinführung des alten Streckenverlaufs der Buslinie 12 (wir bleiben dran!)
- Klimawandel und Gesundheitsthemen
- Mobilität im Stadtteil
- Menschen durch geeignete Formate zusammenzubringen und den direkten persönlichen Austausch zu fördern

Natürlich gibt es darüber hinaus weitere Themen und Ideen, die wir gemeinsam mit Ihnen als SPD-Ortsverein über unsere Vertretungen im Ortsbeirat sowie in der StaVo auf den Weg bringen möchten.

Ein paar Worte zu meiner Person: Ich bin 53 Jahre alt, Mutter zweier erwachsener Kinder und seit achtzehn Jahren selbstständige Logopädin hier auf der Marbachshöhe.

Zu meinen Hobbys gehören Klavierspielen (für den Hausgebrauch), interessante Gespräche, Kochen, Kunst, Musik sowie Spaziergänge und Wanderungen.

Zur kommunalen Politik bin ich gekommen, weil ich nicht länger am Spielfeldrand stehen wollte, sondern eine Stimme haben möchte, die etwas bewirken kann.

Trotz der allgemeinen angespannten Lage auf allen Ebenen bin ich nach wie vor sehr froh, in der Kasseler SPD Teil dieser Partei zu sein, da mir viele Themen am Herzen liegen, bei denen ich unter der Prämisse sozialer Gerechtigkeit gerne lösungsorientiert mitgestalten möchte.

Dies kann ich hier im Stadtteil, aber auch auf Bezirks - und auf Landesebene in den unterschiedlichen Gremien.

Eines dieser Gremien, in denen ich mich stark engagiere, ist die Arbeitsgemeinschaft der Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten im Gesundheitswesen (ASG).

Als Vorsitzende der ASG im Bezirk Nordhessen möchte ich gemeinsam mit meinem Team Einfluss auf die politische Willensbildung im Gesundheitswesen nehmen.

Ich freue mich auf weitere interessante Diskussionen, Anregungen und Ideen aus der Bürgerschaft.

In diesem Sinne wünsche ich Ihnen allen viel Gesundheit und einen guten Start in das Jahr 2026.

Für die Wahl am 15. März bitte ich um Ihre Stimmen und um Ihr Vertrauen.

Die Stadt Kassel und unser Stadtteil brauchen eine starke SPD!

Nicole Iben



Ramona Steinmann

Platz 2 auf der SPD-Ortsbeiratsliste

2023 bin ich mit meinem Mann und meinen beiden Kindern nach Kassel gezogen. Geboren und aufgewachsen bin ich in Erlangen und habe dort auch meinen Magister in Buchwissenschaft abgeschlossen – bin also im Verlags- und Assistenzbereich tätig. Ich arbeite hier in Kassel bei einem Anbieter technischer Weiterbildungen. Meine ganze Familie und ich fühlten uns von Beginn an in Kassel nicht nur wohl, sondern heimisch.

In Wilhelmshöhe gibt es eine vielfältige Vereinskultur [Bürgerverein Bad Wilhelmshöhe e.V., Bürger für das Welterbe e.V., TSG Wilhelmshöhe 1883 e.V., Offenes Wohnzimmer Wahlershausen e.V., Hand in Hand e.V. und andere]. Es ist beeindruckend, wie viele Menschen sich hier im Stadtteil und für diesen Stadtteil ehrenamtlich engagieren. Sie sind in meinen Augen das Fundament für die hohe Lebensqualität in diesem Viertel und auch der Grund, warum sich Zugezogene schnell zu Hause fühlen.

So kam in mir der Wunsch auf, mich hier aktiv einzubringen und daher möchte ich mich im Ortsbeirat besonders auf dem Gebiet Wohnumfeld-Qualität engagieren. Dabei liegen mir vor allem die Bereiche Mobilität und

Barrierefreiheit sowie Familienfreundlichkeit am Herzen. Spielplatzhalt oder -erneuerung, sichere Schulwege sowie Platz und Plätze für Jugendliche sind mir ebenso wichtig wie der stetige Ausbau und die Verbesserung des ÖPNV. Um diesen wunderschönen Stadtteil für alle Menschen – zu Fuß, mit Rollstuhl oder Gehhilfe, mit Kinderwagen oder mit dem Fahrrad – erschließbar bzw. erfahrbar zu machen, setze ich mich für Barrierefreiheit ein, beispielsweise durch abgesenkte Bordsteine, Teer- statt Kopfsteinpflasterüberwege der Straßenbahnlinien, eindeutige und sichere Fußwegumleitungen bei Baustellen, um nur einige Punkte zu nennen.

Im Bereich ÖPNV möchte ich mich für das Schließen von Verbindungsängeln bei der Buslinienführung, optimierte Anbindungen durch reibungslose Umstiegsmöglichkeiten ohne großen Zeitverlust sowie Reduzierung der Umstiege durch Direktanbindung bspw. unseres Herkules durch die Straßenbahnlinie einsetzen.

Ich kandidiere für den Ortsbeirat, unser bürgerliches „Stadtteilparlament“ und würde mich freuen, wenn Sie mir am 15. März Ihr Vertrauen schenken.

Wenn wir uns nicht zufällig im Bergpark oder unterwegs im Viertel treffen und Sie Fragen oder Anregungen haben, schreiben Sie mir einfach eine E-Mail: steinmann.SPD-Wilhelmshoehe@gmx.de

Ramona Steinmann

Impressum

Herausgeber der Wilhelmshöher Mitteilungen:
SPD-Ortsverein Wilhelmshöhe
Verantwortlich i.S.d.P.:
Nicole Iben, Brandenburger Str. 17 | 34131 Kassel
Fotos: Autorinnen und Autoren, Stefan Beckmann-Metzner, Pixabay, KVG
Satz & Layout: Daphnis Georghiou
Druck: Druckwerkstatt / Bräuning & Rudert, Espenau
Auflage: 5000



Winfried Schönfeld

Platz 3 auf der SPD-Ortsbeiratsliste

Für ein stets lebendiges und digitales Bad Wilhelmshöhe

Seit 2013 ist Bad Wilhelmshöhe meine Heimat, und seitdem setze ich mich aktiv für die Belange unseres Stadtteils ein. Als Diplom-Ingenieur für Nachrichtentechnik und ehemaliger Berufsschullehrer bringe ich sowohl technisches Fachwissen als auch die Leidenschaft für die Vermittlung von Wissen mit.

Seit 1976 bin ich Mitglied der SPD und engagiere mich im Arbeitsausschuss des Ortsvereins Wilhelmshöhe sowie (bis 2024) im Redaktionsteam unseres Newsletters „NOW“.

Meine inhaltlichen Schwerpunkte für unseren Stadtteil sehe ich in

- der digitalen Teilhabe für alle hier lebenden Generationen. Als zertifizierter „Di@Lotse“ berate ich seit drei Jahren Bürgerinnen und Bürger im Umgang mit digitalen Geräten. Mein Ziel ist es, die Ausgrenzung älterer Menschen durch gezielte und bedarfsoorientierte Heranführung an die Digitalisierung aktiv zu verhindern.

- einem Miteinander im Quartier: Alle Menschen – ob jung oder alt und unabhängig von Herkunft oder Religion – sollen in Bad Wilhelmshöhe gut und gerne zusammenleben.
- einer Verkehrswende und mehr Lebensqualität: Ich setze mich für eine spürbare Verkehrsberuhigung im Stadtteil und in Kassel ein. Besonders an den Tagen der Wasserspiele müssen wir das Verkehrsaufkommen durch einen attraktiven und leistungsstarken ÖPNV deutlich reduzieren.

Mit Erfahrung und Engagement möchte ich die Zukunft von Bad Wilhelmshöhe im Ortsbeirat mitgestalten.

Winfried Schönfeld

Was macht eigentlich ein Ortsbeirat?

Der Ortsbeirat muss zu allen wichtigen Belangen, die den Stadtteil betreffen, gehört werden und hat ein eigenes Vorschlags- und Antragsrecht.

Weiterhin hat der Ortsbeirat auch Entscheidungsrechte, dazu gehören u.a. die Bestimmung der Standorte von Kindertagesstätten, Spiel- und Sporteinrichtungen, die Gestaltung öffentlicher Plätze sowie die Benennung von Straßen.

Der Ortsbeirat Bad Wilhelmshöhe setzt auf aktive Beteiligung, weshalb Bürger:innen immer auch an den Diskussionen über die anstehenden Tagesordnungspunkte teilnehmen dürfen.

Individuelle Anliegen können zudem in der zu Beginn jeder Sitzung stattfindenden Bürgerfragestunde eingbracht werden.



Armin Ruda

Platz 5 auf der SPD-Ortsbeiratsliste

Als dienstältester Ortsbeirat in Bad Wilhelmshöhe – 2006 wurde ich erstmals in dieses Gremium gewählt – verbinde ich diese persönliche Vorstellung gerne mit einem Plädoyer für die Arbeit im Stadtteilparlament und ziehe den Hut vor allen Kandidatinnen und Kandidaten, die sich aktiv in diese Form der Demokratie von unten einbringen wollen.

Wer im Ortsbeirat mitarbeitet, trägt dazu bei, Türen zu öffnen – für eine lebendige und bürgernahe Demokratie, die nicht primär repräsentiert, sondern verbindet. Hier fließen die Ideen, Bedürfnisse und Anregungen der Bürgerinnen und Bürger in die politischen Prozesse ein und sorgen für transparente und nachvollziehbare Entscheidungen, auch wenn diese nicht immer auf Zustimmung in der Stadtverwaltung stoßen und die Antworten aus dem Rathaus durchaus für Ernüchterung im Stadtteil sorgen können.

Ich habe in all den Jahren immer versucht, mich in die im Ortsbeirat zu behandelnden Themen einzuarbeiten und die unterschiedlichen Erfahrungen, Perspektiven und Kompetenzen der Kolleginnen und Kollegen sowie der anwesenden Bürgerinnen und Bürger zu nutzen.

Parteipolitische Positionen und Überzeugungen spielen dabei keine wichtige Rolle, da sich die Ortsbeiräte als Brückenbauer zwischen Bevölkerung und Stadtverwaltung verstehen sollten.

Vor diesem Hintergrund möchte ich auch in den kommenden fünf Jahren an dieser vertrauensschaffenden Form der Bürgerbeteiligung aktiv mitwirken und würde mich über Ihre Unterstützung sehr freuen.

Ich engagiere mich hier im Stadtteil auch als Vorsitzender des Bürgervereins Bad Wilhelmshöhe. Mit der Organisation des 1. Adventsmarktes der Vereine und Initiativen zusammen mit der Gemeinde der Christuskirche blickt unser Bürgerverein auf ein aufregendes Jahr 2025 zurück.

Im SPD-Ortsverein Wilhelmshöhe habe ich nach siebzehn Jahren den Vorsitz an Nicole Iben übergeben und bin weiterhin im erweiterten Vorstand aktiv.

Als Mitglied des Fördervereins Freibad Wilhelmshöhe, der TSG Wilhelmshöhe und des Welterbe Vereins unterstütze ich die jeweiligen Anliegen der Vereine gerne auch im Ortsbeirat, wohl wissend, dass es bei dem einen oder anderen Thema zu inneren Konflikten kommen kann und Kompromisse gesucht werden müssen.

Bis kurz vor der Kommunalwahl bin ich beruflich noch für die Medienanstalt Hessen tätig, bevor dann ein völlig neuer Lebensabschnitt als (Un)Ruhestandler beginnt.

Genug Zeit also, um „etwas im Kleinen zu tun, anstatt im Großen darüber zu reden.“ (Willy Brandt)?

Das hängt auch vom Willen der Wählerinnen und Wähler und der Anzahl der persönlichen Kreuze auf der SPD-Ortsbeiratsliste in Bad Wilhelmshöhe am 15. März ab. Ich wäre bereit dazu.

Armin Ruda



Stefan Beckmann-Metzner

Platz 7 auf der SPD-Ortsbeiratsliste

Mein Name ist Stefan Beckmann-Metzner. Ich bin seit kurzer Zeit 60 Jahre alt, glücklich und glücklicherweise Vater von fünf großen Kindern.

Ich bin Lehrer an der Reformschule in Kassel und engagiere mich seit nunmehr fünfzehn Jahren im Ortsbeirat für Bad Wilhelmshöhe und die SPD.

Nach dieser langen Zeit mit vielen positiven Momenten, aber auch ernüchternden Augenblicken, lasse ich gerne auch mal Platz für andere engagierte Menschen aus dem Stadtteil, um im Ortsbeirat ihre Kenntnisse einzubringen und ihre kommunalpolitischen Erfahrungen zu machen.

Nichtsdestotrotz stehe ich auch bei dieser Kommunalwahl auf der Liste, um die SPD in Bad Wilhelmshöhe zu verstärken und zu unterstützen.

Und wer mich gerne weiterhin im Ortsbeirat sehen würde, der kann diesem Wunsch mit drei Kreuzen hinter meinem Namen auf Listenplatz 7 Ausdruck verleihen.

Vielen Dank!

Stefan Beckmann-Metzner

Auf Platz 6 unserer Ortsbeiratsliste kandidiert mit **Wolfgang Engelmoehr** ein parteiloser Kandidat für den SPD-Ortsverein Wilhelmshöhe. Für seine Bereitschaft, uns mit dieser Kandidatur zu unterstützen, möchten wir uns auch an dieser Stelle herzlich bedanken.

Unsere SPD-Liste für die Wahl zum Ortsbeirat in Bad Wilhelmshöhe bei den Kommunalwahlen 2026:

1. Nicole Iben
2. Ramona Steinmann
3. Winfried Schönfeld
4. Wolfgang Schwerdtfeger
5. Armin Ruda
6. Wolfgang Engelmoehr
7. Stefan Beckmann-Metzner

Weitere Informationen und Termine (Infostände, Neujahrsempfang) zur Kommunalwahl am 15. März finden Sie unter

<https://spd-wilhelmshoehe.de/>

und auf unserer Facebookseite

@SPDWilhelmshöhe



Hinweise zum besonderen Wahlsystem bei Kommunalwahlen - Foto Pixabay

Kumulieren und panaschieren – Sie haben die Wahl!

In Gemeinden und Landkreisen sind die Kandidierenden häufig in der Wählerschaft bekannt und so möchte man zuweilen Personen unterstützen, die man für geeignet hält, auch wenn sie nicht für die ansonsten bevorzugte Partei antreten. Oder man möchte, dass innerhalb der persönlich bevorzugten Liste eine/r oder mehrere der Kandidierenden auf dieser Liste „nach oben“ rücken.

Hierfür hat der Hessische Gesetzgeber mit den Kommunalwahlen 2001 zusätzlich zum „Listenkreuz“ die Möglichkeit geschaffen, die eigene Stimmabgabe durch Kumulieren und / oder Panaschieren sehr individuell zu gestalten und Schwerpunkte zu setzen.

Konkret auf Kassel bezogen:

Die Kasseler Stadtverordnetenversammlung („Stadtparlament“) hat insgesamt 71 Mitglieder. Man kann deshalb bei der Wahl zur „Stavo“ **maximal 71 Stimmen** vergeben. Hierbei kann ein einzelner Kandidat / eine Kandidatin bis zu drei Stimmen (Kreuze) bekommen. - Dieses Anhäufen nennt man „kumulieren“.

Außerdem kann man auch Kandidatinnen und Kandidaten verschiedener Parteien (Listen) einzeln wählen – also „panaschieren“.

Wenn man zunächst einzelne Kandidaten oder Kandidatinnen ausgewählt hat, die man unterstützen möchte und danach von den 71 Stimmen noch Stimmen übrig sind, kann man sodann ein Kreuz über einer der Listen machen. Durch dieses „Listenkreuz“ werden die noch verbleibenden Stimmen bei der Auszählung „automatisch“ (ohne weitere einzelne Kreuze verteilen zu müssen) von oben nach unten auf dieser Liste den dortigen Kandidaten zugeordnet.

Auf dieser Liste, die man für die Vergabe der restlichen Stimmen angekreuzt hat, kann man auch Kandidaten streichen. Diese Kandidaten werden dann bei der „automatischen“ Vergabe der restlichen Stimmen übersprungen.

Ein Beispiel:

Es werden zunächst vier Kandidierende unterschiedlicher Listen bzw. Parteien gewählt (= Panaschieren). Alle vier Personen bekommen in unserem Beispiel zudem die

(jeweils maximal möglichen) drei Stimmen (= Kumulieren). Damit sind 12 Stimmen vergeben und es verbleiben noch 59 der maximal zulässigen 71 Stimmen zur Auswahl. Wird nun eine der Listen oben angekreuzt, werden diese 59 restlichen Stimmen dieser Liste „automatisch“ von oben nach unten zugeordnet (man braucht also diese 59 Kreuze nicht einzeln zu machen – das Listenkreuz reicht).

Die Stimmen auf dem Stimmzettel zur Ortsbeiratswahl werden nach den gleichen Regeln vergeben: Man hat so viele Stimmen wie der Ortsbeirat Mitglieder (Sitze).

Für den Ortsbeirat hier in Bad Wilhelms Höhe sind es insgesamt 11 Stimmen. Auch hier kann man kumulieren und panaschieren und seine 11 Stimmen quer durch die Listen und Parteien verteilen.

Alternativ setzt man ohne individuelle Auswahl ein Listenkreuz bei der bevorzugten Partei. Bei der SPD-Liste mit ihren nur sieben Kandidierenden erhalten in diesem Fall alle sieben zunächst eine Stimme, die ersten vier bekommen automatisch eine zweite Stimme, um das Ziel des Wählers, keine Stimme zu verschenken, umzusetzen.

Häufige Fragen:

Ist eine Stimme verloren, wenn ich eine Kandidatin bzw. einen Kandidaten auf den hinteren (und damit weniger aussichtsreichen) Plätzen einer Liste ankreuze?

Nein! Diese Stimmen zählen in jedem Fall zugunsten der Gesamtliste der jeweiligen Partei in der künftigen Stavo (oder dem Ortsbeirat). Und die Gesamtstimmen sind letztendlich für die Zusammensetzung der Gremien entscheidend. Allerdings wird die Reihenfolge innerhalb der Liste beeinflusst, indem die jeweilige Person auf der Liste ihrer Partei nach oben rückt.

Wann wird ein Stimmzettel ungültig?

Wenn mehr als ein Listenkreuz vergeben wird oder wenn – bei Einzelwahl durch Kumulieren und Panaschieren – mehr als 71 Stimmen bei der Stavo (beim Ortsbeirat mehr als 11 Stimmen) vergeben werden.

Wieviel zählt mein Listenkreuz, wenn die angekreuzte Liste weniger Bewerberinnen und Bewerber hat als Sitze zu vergeben sind?

Auch dann steht das Listenkreuz für die volle Stimmenzahl. Die Vergabe der Stimmen wird in der Reihenfolge der Bewerberinnen und Bewerber auf dem Stimmzettel so lange wiederholt, bis alle Stimmen vergeben sind.

Muss ich einzelne Stimmen vergeben?

Nein. Wie in früheren Jahren kreuzt man lediglich das Listenkreuz über jener Liste an, deren Kandidierende man in unveränderter Reihenfolge unterstützen möchte.

Wo gibt es weitere Informationen mit Beispielen?

Bei der Hessischen Landesregierung:
www.wahlen.hessen.de/kommunalwahlen/allgemeine-kommunalwahlen/wahlsystem

Zum Schluss noch ein wichtiger Tipp:

Wer per Briefwahl abstimmt, hat beim Kumulieren und Panaschieren mehr Zeit zur Stimmabgabe.

Wolfgang Schwerdtfeger



Volles Haus und wertvolle Erfahrungsberichte zur Fahrradzone

Die Fahrradzone in Wahlershausen – Öffentlichkeitsarbeit dank der SPD-Wilhelmshöhe

Die Planung, Eröffnung und Evaluierung einer Fahrradzone sollte neben dem klassischen Prozess der Bürgerbeteiligung auch durch eine gezielte Öffentlichkeitsarbeit begleitet werden. Auf diese Weise können Bürgerinnen und Bürger nicht nur über die Einrichtung der Fahrradzone informiert und über die damit verbundenen Verkehrsregeln aufgeklärt werden, sondern ihre tagtäglichen Beobachtungen und Erfahrungen in den Auswertungsprozess dieses Modellversuchs einbringen.

Die Stadt Kassel hat sich hier sehr zurückhaltend gezeigt und verweist auf regelmäßige Messungen und Verkehrszählungen. **Deren Ergebnisse werden dem Ortsbeirat in seiner letzten Sitzung vor der Kommunalwahl am 28. Januar präsentiert.** Doch gilt die Fahrradzone nur dann als Erfolgsmodell, wenn die Fahrraddichte erkennbar zugenommen und sich der PKW-Verkehr gleichzeitig deutlich reduziert hat?

Gelegentliche Messungen waren uns in der SPD-Wilhelmshöhe zu wenig. Daher haben wir während des Verkehrsversuchs die Anwohnerinnen und Anwohner zu zwei Infor-

mationsveranstaltungen eingeladen und sind auf eine sehr interessierte und diskussionsfreudige Bürgerschaft gestoßen. Jeweils rund fünfzig Besucherinnen und Besucher schilderten im Vereinsheim der TSG Wilhelmshöhe ihre subjektiven Eindrücke und Beobachtungen.

Wichtigstes Fazit:

Die Fahrradzone wurde von den Anwesenden überwiegend positiv aufgenommen, zumal aufgrund der neuen Einbahnstraßenregelung in der Lange Straße der stadteinwärts vorher zu beobachtende Schleichverkehr zurück gegangen ist und den Radfahrenden zumindest in diesem Bereich somit mehr Sicherheit geboten wird.

Davon profitieren auch die Fußgänger, da die Bürgersteige nicht mehr so oft als Radweg genutzt werden.

Insgesamt, so ein weiteres Fazit, sei durchaus eine Zunahme des Radverkehrs zu beobachten. Sollten die Verkehrszählungen der Stadt dies bestätigen, wäre ein wichtiges Kriterium für die Einführung von Fahrradzonen erfüllt.

Aber auch die Schwachpunkte der neuen Regelungen wurden deutlich angesprochen:

- Die Anlieger-Frei-Beschilderung kurz vor der Bahnbrücke in Richtung Lange Straße wird ignoriert, entsprechende Kontrollen waren zumindest bis zur zweiten Veranstaltung im Juni 2025 nicht erkennbar. Für den Radverkehr bleibt daher der 1. Abschnitt der Fahrradzone von der Eisenbahnbrücke bis zur Rolandstraße ein nicht ungefährlicher Weg, da in diesem Teil der Lange Straße beidseitig gefahren und geparkt wird.

- Die Lange Straße zwischen Kunoldstraße und Rammelsbergstraße ist aufgrund ihrer Beschaffenheit als Kopfsteinpflaster-Buckelpiste in keinem fahrradgerechten Zustand. Selbst viele Anwohnerinnen und Anwohner räumen freimütig ein, doch eher den Bürgersteig zu benutzen, um ihr Gefährt zu schützen. Die SPD-Fraktion hat daher – dem Vorschlag eines Anwohners und anerkannten Verkehrsexperten folgend – im Ortsbeirat einen Antrag eingebracht, einen Teil der Straße mit einem Asphaltstreifen zu versehen (ähnlich diesem Foto).



- An vielen Einmündungsbereichen innerhalb der Fahrradzone nehmen - zum Teil - verbotswidrig parkende Fahrzeuge die Sicht, auch hier fehlt es an effizienten Kontrollen.

- Die Kreuzung Kunoldstraße/ Wilhelmshöher Allee stellt für alle Verkehrsteilnehmenden eine besondere Herausforderung dar und führt zu allen Tageszeiten, besonders aber vor Schul- und Arbeitsbeginn, zu unübersichtlichen und gefährlichen Situationen. Hier müsste die Stadt schnellstmöglich für Verbesserungen und Entschärfungen sorgen.

Die vielleicht wichtigste Erkenntnis beider Veranstaltungen aber waren die Beschwerden über mangelnde und damit einhergehend die Appelle an gegenseitige Rücksichtnahme.

Radfahrerinnen und Radfahrer auf eindeutig ausgeschilderten Fußwegen, Radfahrer überholende PKW bei vorgeschriebenem Tempo 30 und verbotswidrig parkende Autos in ohnehin schon schwer einsehbaren Bereichen - funktionierende Mobilität findet zunächst eben nicht auf den Straßen, sondern in den Köpfen statt. Die Teilnahme am Straßenverkehr erfordert für alle ständige Vorsicht und gegenseitige Rücksicht.

Mit respektvollem Miteinander und etwas Gelassenheit im Straßenverkehr kommen wir alle sicherer ans Ziel!

Jetzt gilt es, die Ergebnisse der städtischen Evaluierung zu bewerten und mit den oben beschriebenen Verbesserungswünschen in Einklang zu bringen – und dies bitte unter Einbeziehung der Bürgerinnen und Bürger in Wahlershausen.

Armin Ruda



Bilder wie diese sollen bald auch bei uns der Vergangenheit angehören

Verkehr in Bad Wilhelmshöhe – gemeinsam sicher unterwegs

Der Verkehr in Bad Wilhelmshöhe ist ein Thema, das viele Menschen beschäftigt. Ob Autofahrer, Fahrradfahrer, E-Scooter-Nutzer oder Fußgänger – jeder hat seine Erfahrungen und Anmerkungen. Der SPD-Ortsverein Wilhelmshöhe nimmt diese Stimmen ernst und setzt sich dafür ein, dass alle Verkehrsteilnehmer gut nebeneinander existieren können.

Es ist klar: Im Straßenverkehr zählt ein faires Miteinander statt Gegeneinander. Die Verkehrsregeln betreffen alle – nicht nur Autofahrer, sondern auch Radfahrer und E-Scooter-Nutzer. Fußgänger dürfen dabei nicht benachteiligt werden. Damit besonders Kinder, Senioren und Menschen mit Beeinträchtigungen sicher unterwegs sind, brauchen wir geschützte Gehwege, genügend Zebrastreifen sowie gut markierte Übergänge.

Darüber hinaus setzen wir uns dafür ein, dass die ehemalige Buslinie 12 spätestens zum Fahrplanwechsel 2026 wieder aufgenommen wird. Diese Linie ist für viele Menschen im Stadtteil unverzichtbar, um schnell und sicher in die Innenstadt oder

zu wichtigen Einrichtungen zu gelangen. Leider ergab eine Anfrage in der Stadtverordnetenversammlung bislang keine zufriedenstellende Antwort. Wir werden weiterhin Druck machen, damit die Interessen der Bewohnerinnen und Bewohner endlich gehört und umgesetzt werden.

Der SPD-Ortsverein Wilhelmshöhe arbeitet außerdem dafür, dass Radwege ausgebaut, Abstellmöglichkeiten verbessert und der öffentliche Nahverkehr insgesamt gestärkt wird. Baustellen und Umleitungen sollen so geplant werden, dass sie alle Verkehrsteilnehmer berücksichtigen. Gleichzeitig möchten wir das Bewusstsein stärken: Rücksicht, gegenseitige Verantwortung und die Einhaltung der Regeln sind die Grundpfeiler, damit Verkehr sicher und flüssig bleibt.

Unser Ziel: Bad Wilhelmshöhe als Stadtteil, in dem sich alle sicher bewegen können – egal ob zu Fuß, mit dem Rad, E-Scooter oder Auto. Nur gemeinsam gelingt ein respektvolles Miteinander, das den Alltag erleichtert und die Lebensqualität im Viertel erhöht.

Nicole Iben



Die Stadt bittet zur Kasse – (fast) ein gesamter Stadtteil wird zur Parkgebührenzone

Neue Parkgebühren und teurere Anwohnerausweise – Da schafft doch keiner sein Auto ab

Ab Mai wird es auch in unserem Stadtteil eine neue Parkgebührenzone und neue Regelungen zum Anwohnerparken geben.

Es bleiben noch viele Fragen offen.

Istzustand: In den drei meinem jetzigen Parkbezirk zugewiesenen Straßen findet man bei normaler Vollzeitfähigkeit gegen Spätnachmittag nur mit viel Glück einen Parkplatz, allerdings selten in der Nähe des Hauses. Parkplätze ohne Reglementierung gibt es in Bahnhofsnahe fast nicht. Abends den Parkplatz nochmal verlassen, geht gar nicht. Wo stellt man sein Auto hin, wenn alle Bewohnerparkplätze zugeparkt sind? Gebühren hat man dann für „keine“ Leistung bezahlt.

Viele Anwohner haben Garagen und Stellplätze auf dem Grundstück und besitzen dennoch Parkausweise.

Warum bei einer Verfünfachung (von derzeit 21 auf künftig 110 Euro) der Kosten des Parkausweises der Parkdruck abnehmen und dann mehr Parkplätze vorhanden sein sollen, ist nicht verständlich. Es handelt sich lediglich um ein paar Meter am Straßenrand, die der Steuerzahler ohnehin bezahlt.

Die alten Menschen hier im Quartier hatten oft kein Auto, die Jungen, die jetzt nachkommen, aber schon.

Eigentümer werden weiter Flächen auf ihrem Grundstück versiegeln, um einen sicheren Parkplatz ohne Kosten am Haus zu haben.

Sollzustand: Die neuen Bezirke und Gebühren sollen bahnhofsnah bis zur Bayernstraße, Werraweg, Baunsbergstraße und nahezu komplett in Wahlershausen bis zur Kirchditmolder Straße gelten.

Aber in welche Bezirke man sein Auto für die 110 Euro nun stellen darf, wird nicht wirklich klar. Tatsache ist, dass die Wahrscheinlichkeit, in Wohnungsnähe zu parken, geringer wird. Da man selten nur mit dem Handtäschchen unterwegs ist, darf man sich darauf einstellen, seine Einkäufe noch weiter zu schleppen.

Da schafft doch niemand sein Auto ab. Da geht nur Kaufkraft verloren.

Sollte man den Parkbezirk wechseln müssen und es werden erneut Gebühren fällig, sucht sich der ein oder andere vielleicht doch eher

einen neuen Arzt oder Laden. Die Pendler werden sich keinen neuen Arbeitsplatz suchen können.

Man kann Kassel nicht mit Städten wie Frankfurt oder München vergleichen.

Nicht jeder Weg kann mit dem Fahrrad oder mit öffentlichen Verkehrsmitteln erledigt werden. Dem Fahrradfahren sind ohnehin irgendwann natürliche (altersbedingt) Grenzen gesetzt; und öffentliche Verkehrsmittel bringen einen nicht überall hin oder brauchen zu lang.

Die Lebensrealität zeigt sich jeden Tag morgens und abends, wenn sich Unmengen von Autos durch die Stadt quälen. Nicht jeder hat seinen Arbeitsplatz um die Ecke oder arbeitet im Home-Office. Und es soll auch noch andere Wege als zum Arbeitsplatz geben, die zeitsparend miteinander verknüpft werden können.

Der Verdrängungseffekt wird sich weiter in die Stadtteile reinfressen. Fragt sich auch, wer das Ganze überprüfen soll.

Hier wird sich der Unterschied zwischen Theorie und Praxis zeigen.

Ulrike Siebert-Karl

Bequem und umweltfreundlich in den Bergpark- Neue Buslinie 24 zwischen Schloss und Bahnhof

Viele kennen es: Man steigt an der Endstation aus der Linie 1 oder parkt am dortigen Parkplatz und dann beginnt der „Aufstieg“ zum Schlossplateau.

Eigentlich zu schaffen, aber dort fängt der prächtige Bergpark ja erst so richtig an und wer weiter gehen will – hinauf zur Löwenburg oder zu den Kaskaden – braucht Kondition. Für ältere und mobilitätsbeschränkte Menschen oft nicht machbar.

Beschwerlich aber nicht nur für die zahlreichen Touristinnen und Touristen, sondern auch Erholung suchende Bürgerinnen und Bürger Kassels mussten bisher diesen Aufstieg bewältigen, um in „ihren“ Park zu gelangen.

Seit dem Fahrplanwechsel der KVG Mitte Dezember gibt es Abhilfe: Die neue Mini-Buslinie 24 verbindet im 30-Minuten Takt den ICE-Bahnhof (dort Bussteig A) mit dem Schloss (Fahrplan unter www.nvv.de).

Leider hält der neue Bus lediglich an der Endstation der Linie 1 – gut wären für unseren Stadtteil Ein- und Ausstiegsmöglichkeiten auch an der Kunoldstraße und an der Haltestelle „Orthopädische Klinik / Hessischer Rundfunk“.

Auch die Kapazität des kleinen Busses dürfte an ihre Grenzen stoßen, wenn sich das Angebot herumspricht – spätestens mit Beginn der „Wasserspiele“ sollte die KVG über den Einsatz eines anderen Fahrzeuges nachdenken.

Mit der Linie 24 geht auch ein lang gehegter Wunsch des Vereins „Bürger für das Welterbe“ in Erfüllung:

„Es kam einer Herkulesaufgabe gleich: Das jahrelange Bemühen unseres Vereins um eine nachhaltige Erschließung des Schlossplateaus, um eine umweltverträgliche Er-



Zwei aus dem SPD-Ortsverein bei der „Jungfernfahrt“ des neuen Busses dabei (Mitte): Brigitte Bergholter („Bürger für das Welterbe“) und Wolfgang Schwerdtfeger („Förderverein Neue Herkulesbahn“)

reichbarkeit unseres Welterbes. Mit vereinten Kräften und Kooperationspartnern wurden seit 2019 viele dicke Bretter, besser Balken gebohrt.

Ständige Kommunikation mit der Stadtverwaltung und der KVG, öffentliche Veranstaltungen im Stadtteil, Anträge seitens des Orts- und Behindertenbeirats und viele aufgezeigte Alternativlösungen führten nun endlich zu dieser Verbesserung“, freut sich Brigitte Bergholter, Vorsitzende des Welterbevereins.

Das Anliegen wurde auch von anderen unterstützt – z.B. von der Wilhelmshöher SPD und dem Förderverein Neue Herkulesbahn.

Langfristiges Wunschziel bleibt es, die Linie 1 um rund 650 m zu verlängern. Dieses Vorhaben ist nicht neu: Bereits 1877, bei Genehmigung der damaligen Dampf-Straßenbahn hieß es:

„Eine Verlängerung von ca. 650 m bis zur Höhe, auf der das Schloss und der Gasthof zu Wilhelmshöhe liegen, ist in Aussicht genommen und wird deren Ausführung von der Regierung als eine Bedingung der definitiven Gestaltung des Dampfbetriebes für die Bahn verlangt.“

Dies belegt, dass die Erreichbarkeit des Schlossplateaus mit der Tram bereits vor knapp 150 Jahren angestrebt wurde, da das Streckenende am Fuß der starken Steigung die Qualität der Bahn mindert und die Erreichbarkeit des Parks erschwert. Immerhin: Mit dem Bus gibt es jetzt eine Zwischenlösung.

Die Stadtverordneten und Ortsbeiräte der Wilhelmshöher SPD werden die Neuerung konstruktiv-kritisch begleiten und bei Bedarf weitere Vorschläge zur besseren Erreichbarkeit unseres UNESCO-Welterbes einbringen.

Brigitte Bergholter denkt bereits an die nächsten Schritte:

„Ausruhen jedoch gilt nicht, das tat Herkules auch nicht. Jetzt gilt es, Kräfte zu bündeln und unsere Freunde vom Förderverein „Neue Herkulesbahn“ zu unterstützen. Auch wenn die unlängst vorgestellte Machbarkeitsstudie das Projekt für förderungswürdig hält, ist es noch ein steiniger Weg, bis auch das Welterbe und unser Herkules „von oben“ nachhaltig und barrierefrei zu erreichen sein wird“.

Wolfgang Schwerdtfeger



Immer öfter gehen ApothekerInnen auf die Straße

Für eine starke Gesundheitsversorgung in Bad Wilhelmshöhe

Gesundheit ist kein Privileg für bestimmte Alters- oder Einkommensgruppen und muss – gerade angesichts des demografischen Wandels – für alle Menschen in Bad Wilhelmshöhe unabhängig von ihrer Lebenssituation wohnortnah und verlässlich zugänglich bleiben.

Der SPD-Ortsverein Wilhelmshöhe setzt sich mit Nachdruck dafür ein, dass die Gesundheitsversorgung im Stadtteil erhalten und gestärkt wird. Eine verlässliche, wohnortnahe Versorgung ist eine zentrale öffentliche Aufgabe – sie darf nicht dem Markt oder kurzfristigen Sparzwängen überlassen werden.

Wir setzen uns für Vorsorge statt Nachsorge ein. Es ist wichtig, präventive Gesundheitsprojekte wie „Willkommen von Anfang an – Gesunde Kinder in Kassel“ weiter auszubauen. Zusätzlich helfen mehr Trinkbrunnen sowie das wieder eingeführte Hitzetelefon dabei, die wachsenden Herausforderungen durch längere Hitzeperioden und steigende gesundheitliche Belastungen zu meistern – besonders für Familien und ältere Menschen.

Gesundheit ist ein ganzheitliches Anliegen und endet nicht mit dem Verlassen der Arztpraxis. Selbsthilfegruppen und Beratungsstellen

bieten eine essenzielle Ergänzung zur gesundheitlichen Versorgung an und benötigen eine nachhaltige Finanzierung. Die Förderung von Kinder- und Frauengesundheit sowie die bedarfsgerechte Unterstützung von Menschen mit physischen oder gesundheitlichen Einschränkungen sollten zentrale Bestandteile einer kommunalen Gesundheitspolitik sein.

Besonders alarmierend ist der zunehmende Mangel an Kinderärztinnen und Kinderärzten. Wir fordern klar: Die kinderärztliche Versorgung muss auch in den kommenden Jahren gesichert sein. Ebenso entschieden treten wir für den Erhalt wohnortnaher Apotheken ein. Ihr Verschwinden gefährdet nicht nur die medizinische Versorgung, sondern auch die persönliche Beratung, die für viele Menschen eine unverzichtbare Orientierung im Gesundheitsalltag bietet.

Der SPD-Ortsverein Wilhelmshöhe steht für klare Kante: Gesundheitsstrukturen sichern, Praxen und Apotheken erhalten, neue Niederlassungen fördern. Gute Gesundheitspolitik beginnt vor Ort – und wir bleiben dran.

Nicole Iben



21.05.1970, alter Bahnhof Kassel-Wilhelmshöhe: Bundeskanzler Willy Brandt verabschiedet DDR-Ministerpräsident Willi Stoph am Sonderzug zurück nach Ostberlin.
(Foto: Bundeskanzler Willy-Brandt-Stiftung)

Meilenstein deutscher Geschichte in Wilhelmshöhe – Das „Brandt-Stoph-Treffen“ am 21. Mai 1970

Die ersten Annäherungen zwischen der Bundesrepublik und der DDR gingen maßgeblich auf die Initiative des damaligen Bundeskanzlers – und späteren Friedensnobelpreisträgers – Willy Brandt zurück.

Nach einem ersten Treffen im März 1970 in Erfurt fand die zweite Begegnung schon bald darauf, am 21. Mai 1970, in Kassel statt.

Gegen den Widerstand der damaligen CDU-Opposition hinsichtlich einer Annäherung an die „Sogenannte DDR“ oder „Ostzone“ (Sprachgebrauch einiger konservativer Kräfte), geschweige denn einer völkerrechtlichen Anerkennung, strebte Brandt zunächst einen Vertrag zur Regelung der staatlichen Beziehungen unterhalb einer völkerrechtlichen Anerkennung an.

Es ging ihm um die Menschen im geteilten Deutschland und er machte pragmatische Vorschläge, etwa für Verbesserungen im Reiseverkehr, für Familienzusammenführungen und zur Zusammenarbeit in Verkehrsfragen, in Bildung und Wissenschaft, Kultur, Umwelt und Sport.

Maximalforderung der DDR, an der sie in den beiden Treffen festhielt, war jedoch die vorherige Aufnahme der beiden deutschen Staaten in internationale Organisationen, insbesondere in die Vereinten Nationen, und damit die völkerrechtliche Anerkennung der Deutschen Demokratischen Republik. Hierfür, so Brandt, müssten allerdings erst Fortschritte in den beiderseitigen Beziehungen erzielt worden sein.

Nicht nur in Deutschland, sondern auch weltweit stieß das Treffen – 25 Jahre nach Ende des II. Weltkrieges und der unmenschlichen NS-Diktatur – auf großes Interesse. So waren für die Gespräche in Kassel 1000 Journalisten akkreditiert.

Das Treffen war von heftigen Emotionen begleitet. Die DDR-freundliche DKP begrüßte in einer Kundgebung die Delegation mit Moskau-freundlichen Transparenten. Nationalistische Kräfte brachten in einer Kundgebung ihren Protest gegen die Gespräche zum Ausdruck.



Besuch aus der Heimat – Daniel Betschmann empfing die Kasseler Besuchergruppe im Bundestag

Liebe Wilhelmshöherinnen und Wilhelmshöher,

zum neuen Jahr 2026 wünsche ich Ihnen zunächst alles Gute, viel Glück, persönliche Zufriedenheit und das Allerwichtigste: Gesundheit!

Das abgelaufene Jahr war in jeder Hinsicht besonders herausfordernd. Ich persönlich freue mich, seit dem 23. Februar 2025 als direkt gewählter Bundestagsabgeordneter unsere Region in Berlin vertreten zu dürfen und hier das bestmögliche für Kassel zu erreichen.

Der alte Bundestag hat noch nach der Wahl mit der Grundgesetzänderung und Einführung eines Sondervermögens für Infrastruktur und Klimaneutralität in Höhe von 500 Mrd. Euro eine wesentliche Weichenstellung vorgenommen. Damit geben wir unserem Land die Mittel an die Hand, um sich auf die Zukunft vorzubereiten. Davon sind 100 Mrd. Euro explizit für Investitionen der Länder und Kommunen vorgesehen. Gerade vor Ort sind die Aufgaben besonders viel, ist der Sanierungsstau besonders hoch. Hessen erhält 7,4 Mrd. Euro und wird mehr als die Hälfte (4,7 Mrd. Euro) an die Kommunen weitergeben. Auch für Kassel bietet das Sondervermögen eine große Chance, um wieder auf Wachstumskurs zu

kommen. Die Gelder können in verschiedenen Bereichen wie dem Ausbau der Schienen- bzw. Straßeninfrastruktur, der Sanierung von Schulen und Kitas, Digitalisierung und einer modernen Energieinfrastruktur positive Wirkung entfalten. Wichtig ist, dass die Mittel jetzt schnell und zielgerichtet eingesetzt werden – mit klaren Prioritäten, effektiver Steuerung und messbaren Fortschritten. Dazu fordern wir als SPD in Kassel den Magistrat auch unmissverständlich auf, das zusätzliche Geld auch zweckgebunden in die Zukunft unserer städtischen Infrastruktur zu investieren.

Der Bundestag hat im abgelaufenen Jahr gleich zwei Haushalte verabschiedet. Für 2025 und 2026 wurden enorme Summen bewegt. Dies schafft den Rahmen, aus dem auch Mittel für Projekte in Kassel fließen können. Über entsprechende Budgets können die Gelder z.B. für die Finanzierung von Straßen, Schulen, Verkehr und Breitbandausbau genutzt werden. Ganz konkret wird Kassel u.a. die finanzielle Unterstützung für die Automobilwirtschaft zugutekommen. Fast 1/3 der 27.000 produktionsnahen Arbeitnehmenden sind im Fahrzeugbereich tätig. Die Branche

Drei Rechtsextremisten gelang ein Eindringen in die Sicherheitszone vor dem Tagungsort Schlosshotel, wo sie vormittags die dort gehisste Fahne der DDR vom Mast niederrholten und zerrissen. - Fast hätte dies zum Abbruch der Gespräche durch die DDR-Verhandlungsgruppe und zur vorzeitigen Abreise geführt.

Nach diesen beiden viel beachteten Treffen und einer Denkpause folgten schwierige Verhandlungen im Detail auf der Arbeitsebene. Sie mündeten nach 3 Jahren in den Grundlagenvertrag, der das Verhältnis von BRD und DDR auf eine sichere und berechenbare völkerrechtliche Grundlage stellte (in Kraft getreten am 21. Juni 1973).

Vor allem dieser Grundlagenvertrag als Teil des Gesamtpaketes der Ostverträge von Kanzler Brandt (SPD) und seinem Koalitionspartner und Außenminister Scheel (FDP) ebnete den Weg für die Wiedervereinigung

am 3. Oktober 1990, 20 Jahre nach der Kasseler Konferenz während der Kanzlerschaft von Helmut Kohl.

Zuvor musste noch das Einverständnis der Siegermächte des Zweiten Weltkriegs – USA, Sowjetunion, Großbritannien und Frankreich – erfolgen. Ohne deren Verzicht auf ihre Rechte an Deutschland war die Wiedervereinigung nicht möglich. Daher wurde Deutschland im „Zwei-plus-Vier-Vertrag“ 1990 die volle Souveränität zurückgegeben. Unverzichtbar war die aufgeschlossene Politik der damaligen Sowjetunion unter ihrem Präsidenten Michail Gorbatschow, der mit den Reformprinzipien von Glasnost (Offenheit) und Perestroika (Umstrukturierung/Umbau) eine teilweise Demokratisierung der bisherigen Sowjet-Diktatur einleitete.

Wolfgang Schwerdtfeger

Die so genannten Ostverträge im Überblick:

Wichtige rechtliche Dokumente der Vertrauensbildung und damit Wegbereiter der späteren Wiedervereinigung der beiden deutschen Staaten am 3. Oktober 1990.

(Quelle: „Zeitklicks“, gefördert durch das BMBF und den Beauftragten der Bundesregierung für Kultur und Medien).

Ostverträge 1963 - 1973

1963 1. Passierscheinabkommen mit der DDR



ist wie keine andere für den Wohlstand in unserer Region wichtig.

Der Bund hat zugesichert, sie finanziell beim Bewältigen des Strukturwandels zur Seite zu stehen. Das heißt: Arbeitsplätze bleiben erhalten, Einkommen sind gesichert. Außerdem wird der Flugplatz Kassel-Calden bei der Erbringung der Flugsicherungsleistungen unterstützt. Der Anstieg der Gebühren stellt immer mehr eine Belastung dar. Dank der Hilfe der Politik wird die Sicherung des Betriebs und die Erfüllung wichtiger Aufgaben wie Rettungsflüge möglich. Auch abseits des Flugbetriebs erwirtschaftet der Airport mit der Entwicklung des alten Flugplatzes zum nachhaltigen Gewerbepark einen wertvollen volkswirtschaftlichen Beitrag, um Jobs und Gewerbesteuereinnahmen für die Region zu generieren.

Und ebenso wie durch die im Haushalt gesicherte Finanzierung von Bau, Ausstattung und Modernisierung der überbetrieblichen Berufsbildungsstätten sowie die Unterstützung von Betrieben bei Lehrgangs- und Unterbringungskosten wird auch dies dazu beitragen, dass die Arbeitsplätze unserer Bürgerinnen und Bürger von heute auch morgen noch bestehen.

Gerade in Kassel treibt viele Menschen die Frage um: Wo finde ich eine bezahlbare Wohnung? Langfristig mehr preiswerten Wohnraum sicherstellen. Mieten dürfen nicht ungebremst steigen. Dafür haben wir die Mietpreisbremse verlängert. In Gebieten mit angespanntem Wohnungsmarkt gilt damit auch künftig, dass die Miete bei der Neuvermietung einer Wohnung zu Mietbeginn höchstens um zehn Prozent über der ortsüblichen Vergleichsmiete liegen darf. Zudem haben wir durchgesetzt, dass künftig schneller gebaut werden kann. Der „Bau-Turbo“ macht's möglich. Und schafft konkrete Hilfe für Familien, Auszubildende und Menschen mit kleinen und mittleren Einkommen.

Die Verlängerung des Deutschlandtickets bis 2030 sorgt für Verlässlichkeit und schafft Pla-

nungssicherheit. Es macht Mobilität bezahlbar, entlastet Haushalte und hilft dem Klima – jeden einzelnen Tag.

Wer arbeitet oder sich ehrenamtlich engagiert, verdient Anerkennung – und muss das auch im Geldbeutel spüren. Die seit dem 01. Januar 2026 geltenden Entlastungen für alle Pendlerinnen und Pendler sowie die Ehrenamtlichen helfen genau dort, wo Menschen Verantwortung übernehmen und unser Land am Laufen halten. Die Entlastungen umfassen eine dauerhafte Senkung des Umsatzsteuersatzes für Speisen in Restaurants auf 7 Prozent und eine höhere Pendlerpauschale von 38 Cent pro Kilometer. Zudem wird die Mobilitätsprämie für Geringverdiener unbefristet verlängert. Für die Kasseler Bürgerinnen und Bürger sowie Gastronomiebetriebe ist das ein toller Start in das neue Jahr, der sich im Portemonnaie bemerkbar macht.

Unsere Gesellschaft ist vor allem auch auf das Engagement im Ehrenamt angewiesen. Um das Ehrenamt zu stärken, hat die Bundesregierung erste Maßnahmen aus dem Zukunftspakt Ehrenamt auf den Weg gebracht. Seit dem 1. Januar 2026 wird die Übungsleiterpauschale von 3.000 auf 3.300 Euro erhöht, die Ehrenamtpauschale steigt von 840 auf 960 Euro und E-Sport wird als gemeinnützig behandelt. Das ist ein wichtiger Schritt, der auch bei uns vor Ort spürbar wird. Viele Ehrenamtliche in Kassel und Umgebung können davon direkt profitieren. Und ich kann Ihnen versichern, wir bleiben dran: Im Rahmen des Zukunftspakts Ehrenamt soll auch das Datenschutz- und Vereinsrecht vereinfacht werden. Damit wollen wir bürokratische Hürden für ehrenamtlich Aktive abbauen.

Zudem wird der Bund auch im kommenden Jahr den Sanierungsstau im Bereich Sportstätten weiter abbauen. Der Bedarf und die Nachfrage sind hoch, daher wird ein Betrag in Höhe von 333 Mio. Euro im Rahmen der „Sportmilliarde“ bereitgestellt. Darüber hinaus setzt der Bund ein deutliches Zeichen für mehr Sicherheit von Kindern im Wasser.

Mit einem neuen Förderprogramm in Höhe von 20 Mio. Euro sollen künftig die Schwimmfähigkeiten von Kindern und Jugendlichen verbessert werden. Besonders Kinder aus einkommensschwachen Familien werden davon profitieren.

Seit dem 1. Januar 2026 werden private Haushalte und Unternehmen in Deutschland bei den Stromkosten entlastet. Ein zentraler Hebel dafür sind sinkende Netzentgelte.

Die Netzentgelte machen einen erheblichen Teil des Strompreises aus. Sie decken die Kosten für Betrieb, Wartung und Ausbau der Stromnetze. Um diese Kosten zu dämpfen, erhalten die vier deutschen Übertragungsnetzbetreiber im Jahr 2026 einen Bundeszuschuss von 6,5 Milliarden Euro aus dem Klima- und Transformationsfonds (KTF). Dieser Zuschuss wird direkt bei der Berechnung der Netzentgelte berücksichtigt und senkt damit die Strompreise für Verbraucherinnen, Verbraucher und Unternehmen. Für einen privaten Haushalt mit einem jährlichen Stromverbrauch von rund 3.500 Kilowattstunden kann die Entlastung rechnerisch etwa 100 Euro pro Jahr betragen.

Das alles kann nur der Anfang sein. Wir arbeiten im neuen Jahr an weiteren spürbaren Entlastungen, wir wollen die Energiewende so vorantreiben, dass sie zum Nutzen aller ihre Wirkung entfaltet. Denn bereits heute ist klar, dass Sonne, Wind, Wasserkraft und auch Biomasse die mit Abstand günstigsten Energieerzeugungsarten sind. Es braucht jedoch auch ein klares Bekenntnis zum weiteren Ausbau der Netze und der Speichermöglichkeiten. Darüber hinaus arbeiten wir an der Einführung smarter Verwaltungsdienstleistungen, gepaart mit einem Abbau an Regelungen wird so der Bürokratieabbau auch konkret vor Ort erlebbar. Wirtschaft und Beschäftigte benötigen ebenfalls weitere Entlastungen, so dass Arbeitsplätze auf Dauer sicher sind, und mit dem Bundestarifreugesetz sorgen wir dafür, dass der Bund als Auftraggeber künftig nur Unternehmen beauftragt, die auch faire Tariflöhne zahlen.

Wenn Sie Fragen, Anregungen oder einen Gesprächswunsch haben, melden Sie sich gern in meinem Kasseler Wahlkreisbüro unter daniel.bettermann.wk@bundestag.de.

Ihr Daniel Bettermann





Lange Zitterpartie im Bundestag für das neue Rentenpaket

Rentenpaket beschlossen – Die wichtigsten Neuerungen

Nach langem Zittern und anhaltendem Widerstand einer jungen Gruppe in CDU/CSU haben Bundestag und Bundesrat der Vorlage der Bundesregierung zugestimmt.

Zur genaueren Einordnung der zentralen Punkte und Begriffe und wen sie denn konkret betreffen, hier eine Zusammenfassung:

1. Haltelinie wird verlängert

Die nächsten Rentenerhöhungen, vorgesehen ab Mitte 2026, können wie angekündigt umgesetzt werden. Das Rentenniveau – genauer gesagt die sogenannte Eckrente – liegt weiter bei mindestens 48 % vom aktuellen Durchschnittsentgelt aller Versicherten. Eingerechnet ist der Abzug der Sozialabgaben. Diese Eckrente ist eine fiktive Rente, die man erhält, wenn man 45 Jahre lang immer das aktuelle Durchschnittsentgelt verdient hätte.

Diese sogenannte Haltelinie von 48 % wäre ohne das Rentenpaket Ende 2025 ausgelaufen. Nun wird sie bis 2031 verlängert und sorgt dafür, dass die Renten stärker steigen als durch die ursprüngliche Rentenformel vorgesehen, wenn das Rentenniveau unter 48 % fällt. Um das zu bezahlen, werden die Beiträge der Versicherten nicht reichen. Den Rest

finanziert der Bund über seine Steuereinnahmen.

Höhere Rentenbeiträge? Erstmal nicht

Unabhängig davon bleiben die Beiträge zur gesetzlichen Rente vorerst trotzdem konstant. Derzeit liegen sie bei 18,6 % vom Brutto, gemeinsam getragen von Beschäftigten und Arbeitgebern. Dieser Wert könnte aber laut Schätzungen der Deutschen Rentenversicherung ab 2028 auf 19,8 % steigen.

2. Aktivrente wird eingeführt

Mit der neu eingeführten Aktivrente können Rentner ab diesem Jahr bis zu 2.000 Euro monatlich hinzuerlösen, ohne dass darauf Steuern fällig werden. Auf das gesamte Jahr gerechnet ergibt sich somit ein Steuerfreibetrag in Höhe von 24.000 Euro, also fast doppelt so viel wie für normale ArbeitnehmerInnen. Für Aktivrentner gilt darüber hinaus der gesetzliche Grundfreibetrag, so dass sie monatlich auf rund 3.000 Euro Steuerfreibetrag kommen. Die schwarz-rote Koalition will damit Arbeiten im Alter attraktiver machen und dem Fachkräftemangel entgegenwirken. Die Aktivrente gilt allerdings nur für Arbeit-

nehmer bei Erreichen der Regelaltersgrenze, nicht für Selbstständige, Freiberufler und Beamte. Ob dies verfassungsrechtlich haltbar ist, wird sich zeigen, sobald erste Verfassungsklagen eingehen.

3. Mütterrente III beschlossen

Die sogenannte Mütterrente III bezeichnet die geplante Erweiterung der Kindererziehungszeiten in der gesetzlichen Rentenversicherung. Aktuell erhalten Eltern für Kinder, die vor 1992 geboren wurden, nur 2,5 Entgelpunkte pro Kind.

Eltern von Kindern, die ab 1992 geboren wurden, bekommen bereits drei Rentenpunkte angerechnet. Die neu beschlossene Mütterrente soll diese Ungleichbehandlung beenden.

Jeder Rentenpunkt entspricht derzeit etwa 37 Euro monatlicher Rente. Die zusätzlichen 0,5 Rentenpunkte würden somit rund 18,50 Euro mehr Rente pro Kind und Monat bedeuten.

Von dieser Reform werden etwa 10 Millionen Mütter in Deutschland profitieren. Auch Väter,

die ihre Kinder erzogen haben, sind berechtigt.

Das Hauptziel der Mütterrente 3 ist die Gleichstellung aller Eltern bei der Anerkennung von Kindererziehungszeiten. Die Reform soll finanzielle Gerechtigkeit zwischen den Generationen schaffen. Besonders ältere Mütter sollen von der Reform profitieren. Viele von ihnen haben ihre Berufstätigkeit für die Kindererziehung unterbrochen oder reduziert.

Die zusätzlichen Rentenpunkte sollen automatisch gewährt werden. Ein Antrag ist voraussichtlich nicht erforderlich.

4. Vorerst keine Frühstartrente

Die im Koalitionsvertrag beschlossene Frühstartrente für Kinder lässt noch auf sich warten. Sie gehört nicht zum jetzt beschlossenen Gesetzespaket. Dort ist nur allgemein die Rede davon, dass sie kommen soll. Dahinter steckt folgende Idee: Kinder zwischen sechs und siebzehn Jahren bekommen monatlich zehn Euro Zuschuss vom Staat, das Geld fließt in ein Depot zur Altersvorsorge. Eine Auszahlung ist erst im Rentenalter möglich.

Die Redaktion





Dr. Daniela Sommer, pflege- und gesundheitspolitische Sprecherin der SPD-Landtagsfraktion in Hessen

Hessen 2025: Gesundheit und Pflege verlässlich stärken

2025 war ein entscheidendes Jahr für die Gesundheits- und Pflegepolitik in Hessen. Die Landesregierung hat zentrale Vorhaben gestartet und bestehende Programme ausgebaut, um Versorgungssicherheit, Unterstützung in Krisen und gute Pflege zu stärken.

Ein Meilenstein ist der Landespfegeplan, den ich bereits 2017 gefordert habe. Er wird erstmals eine datenbasierte Grundlage für die Pflegepolitik schaffen, Bedarfe transparent aufzeigen und passgenaue Lösungen ermöglichen. Pflege kann jede und jeden betreffen – plötzlich, in jeder Lebensphase. Das Hessische Ministerium für Familie, Senioren, Sport, Gesundheit und Pflege führt deshalb derzeit die Umfrage „Hessen hört zu: Pflege“ durch:

<https://beteiligungsportal.hessen.de/portal/HMFG/beteiligung/themen/1007061>

Nur zuhören reicht nicht – die Ergebnisse sollen zu spürbaren Verbesserungen führen: mehr Personal, Entlastung für Angehörige und verlässliche Unterstützung vor Ort.

Auch die Förderung von Pflegeangeboten und -strukturen wurde weiter ausgebaut. In-

vestitionen in ambulante, teilstationäre und innovative Pflegeformen sichern wohnortnahe Angebote. Die Stärkung der Pflegeberufe durch Qualifizierung und bessere Rahmenbedingungen bleibt ein zentrales Anliegen.

Ein weiterer Schwerpunkt ist Krisenhilfe und psychosoziale Unterstützung. Hessen stellt zusätzliche Mittel bereit, damit Menschen in seelischen Notlagen schneller Hilfe erhalten. Niedrigschwellige Angebote und bessere Vernetzung der Hilfesysteme sorgen dafür, dass Unterstützung dort ankommt, wo sie gebraucht wird.

Prävention, Gesundheitsförderung und Teilhabe werden mit Programmen wie „Mitten im Leben“ gestärkt. Der Fokus liegt auf wohnnahen Angeboten, sozialer Vernetzung und der Unterstützung von Menschen in besonderen Lebenslagen. Projekte wie der Landeswettbewerb „Aktion Generation – Lokale Familien stärken“ fördern das Miteinander von Jung und Alt vor Ort.

Ein besonderer Meilenstein ist die Verbesserung der Versorgung von Menschen mit postviralen Erkrankungen wie Long-Covid

oder ME/CFS. Diese Erkrankungen sind oft unsichtbar, die Betroffenen stark belastet. Wir setzen uns für medizinische Versorgung, spezialisierte Strukturen, Forschung und gezielte Unterstützung, besonders für Kinder und Jugendliche, ein. Ebenso wichtig ist gesellschaftliche Anerkennung und Respekt für Betroffene.

Die Koalition aus CDU und SPD in Hessen hat außerdem das Thema Einsamkeit in den Fokus gerückt. Einsamkeit kann nachweislich zutiefst gesundheitsschädigend sein. Mit zunehmender Einsamkeit nehmen die Fälle von Herz-Kreislauf-Erkrankungen, von Suchterkrankungen, von Burnout und weiteren psychischen Erkrankungen zu. Besonders dramatisch: Rund zwei Drittel der jungen Erwachsenen zwischen 18 und 39 Jahren fühlen sich regelmäßig einsam, ebenso wie etwa die Hälfte der älteren Bevölkerung. Die Corona-Pandemie hat das Problem erheblich verschärft. Einsamkeit zieht sich durch alle Lebensbereiche. Mit einem entsprechenden Antrag wollen wir konkrete Maßnahmen umsetzen: An Schulen sollen Resilienzprogramme gestärkt und Schulpsychologie sowie Schulsozialarbeit gezielt unterstützt werden.

Ein neuer „Wettbewerb gegen Einsamkeit“ soll zivilgesellschaftliche Initiativen fördern. Soziale Projekte wie Mehrgenerationenhäuser und Dorfgemeinschaftshäuser sollen ebenfalls gefördert werden. Wir setzen außerdem weiter auf Vereine als Rückgrat gegen Einsamkeit: Sport-, Musik- und Kulturvereine leisten unschätzbare Präventionsarbeit und verdienen unsere volle Unterstützung. Zudem wollen wir einen Aktionsplan aufsetzen, der vernetzt, der Angebote schafft, der enttabuisiert und sensibilisiert. Einsamkeit ist eine soziale Frage. Einsamkeit ist für alle Menschen – unabhängig von Alter, Geschlecht oder sozialem Status – ein großes Risiko. Sie betrifft nicht nur das seelische, sondern auch das körperliche Wohlbefinden. Wir wollen Menschen aus dieser Einsamkeit rausholen und mit einem Aktionsplan präventiv und kurativ wirksam sein!

Natürlich stand auch die Krankenhausreform im Fokus der hessischen Gesundheitspolitik. Wir wollen, dass alle Menschen in Hessen eine gute medizinische Versorgung erhalten. Dabei darf es keinen Unterschied machen, welche Postleitzahl das eigene Zuhause hat.

2025 zeigt: Hessen investiert gezielt in eine starke Gesundheits- und Pflegepolitik. Mit klaren Konzepten, konkreten Förderungen und einem verlässlichen Blick auf die Bedürfnisse der Menschen im Land gestalten wir Versorgung zukunftsweisend – solidarisch, wohnortnah und menschlich.

Dr. Daniela Sommer

Für Sie arbeiten in Bad Wilhelmshöhe im SPD-Arbeitsausschuss:

Sandra Bock (Schriftführerin)

Sebastian Fiedler

Heinz Friedrich (Kassierer)

Nicole Iben (Vorsitzende)

Rüdiger Merkel

Armin Ruda

Winfried Schönenfeld

Wolfgang Schwerdtfeger

Ramona Steinmann (stv. Vorsitzende)

Gabriel Weise

Stefanie Woborschil (stv. Vorsitzende)

Ortsbeirat

Stefan Beckmann-Metzner

Armin Ruda (stv. Ortsvorsteher)

Stadtparlament

Ramona Kopec

Einladung

Der SPD-Ortsverein Wilhelmshöhe
lädt alle Bürgerinnen und Bürger
zum traditionellen Neujahrsempfang ein.

Am Sonntag,
22. Februar 2026,
um 11.00 Uhr
im

Scenario
in der Langen Straße 44

Wir freuen uns auf Sie und auf **Dr. Thomas Spies**,
OB in Marburg und SPD- Bezirksvorsitzender.

